

# PROTOKOLL

## **11. Sitzung des 55. Studierendenparlaments am 22.09.2023**

– ÖFFENTLICHE FASSUNG –

Erstellt am: 03.10.2023  
Geändert am: 26.10.2023  
Beschlossen am: 26.10.2023  
Bekanntgabe am: 31.10.2023

## Inhalt:

Anwesenheitsliste	3
Verzeichnis der Anlagen	4
TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	5
TOP 2. Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung	5
TOP 3. Festlegung der Tagesordnung	5
TOP 4. Bericht des Präsidiums und Anfragen	6
TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen	6
TOP 6. Weitere Berichte	8
TOP 7. Semesterticket	8
TOP 8. Antrag: Pfannengericht in den Cafeterien	9
TOP 9. Aussprache: Nutzungskonzept Kulturcafé	13
TOP 10. Umbesetzung von Ausschüssen	14
TOP 11. Verschiedenes	14

## Anwesenheitsliste

Parlamentarier	Fraktion	anwesend	Stellvertretung/Bemerkung
Feo Böcker	GRAS	ja	
Sofie Marie Rehberg	GRAS	nein	vertreten durch Gravendyk, Maximilian
Robin Wegener	GRAS	ja	
Andreas Queissner	Juso-HSG	nein	
Lara Thea Spanagel	Juso-HSG	ja	
Maria Brinkmeyer	LiLi	nein	
Nick Linsel	LiLi	ja	anwesend bis 18.03 Uhr
Edyta Wystub	LiLi	nein	vertreten durch Lahsberg, Kai
Elias Vennewald	NRGi	nein	vertreten durch Meinert, Hendrik
Anita Kunova	NRGi	nein	vertreten durch Lysiak, Philip
Taban Abas	NRGi	nein	vertreten durch Beckschulte, Tobias bis 16.10 Uhr
Hilal-Nur Binek	NRGi	nein	vertreten durch Heshmati, Navid von 15.17 Uhr bis 17.00 Uhr
Hanife Demir	NRGi	ja	
Nikita Kantor	NRGi	ja	anwesend bis 17.35 Uhr
Noah Fietzek	NRGi	ja	abwesend von 16.30 – 17.19 Uhr
Emre Yavuz	NRGi	nein	
Eren Ertunc Yavuz	NRGi	ja	
Ron Agethen	NRGi	ja	
Tim Cremer	NRGi	ja	anwesend ab 16.44 Uhr, vertreten durch Sascha Barz bis 16.44 Uhr
Talha Demirci	NRGi	nein	vertreten durch Reibert, Sven
Marc Gallert	NRGi	ja	
Alexander Herden	NRGi	nein	vertreten durch Vöge, Alina
Paul Hoffstiepel	NRGi	ja	
Philipp Nico Krüger	NRGi	ja	
Ali Sait Küçük	NRGi	ja	
Rahel Lamme	NRGi	nein	vertreten durch Herrmann, Henry
Katrin Reichert	NRGi	ja	
Philipp Schleg	NRGi	ja	
Elisabeth Tilbürger	NRGi	ja	anwesend ab 15.14 Uhr
Inja van der Linden	NRGi	nein	vertreten durch Ledneczky, Felix
Patrick Walkowiak	NRGi	ja	
Kara Luisa Schwarz	NRGi	nein	
Felix Christof Käppel	RCDS & LHG	ja	
Fynn Henryk Schymek	RCDS & LHG	nein	
Daniel Sciborski	RCDS & LHG	nein	

## Verzeichnis der Anlagen

Index	Anlage	Hinweis
#1.	Einladung zur 11. Sitzung des Studierendenparlaments	
#2.	Anfragen von Maximilian Gravendyk an den AStA	zu TOP 5
#3.	NICHTÖFFENTLICH	NICHTÖFFENTLICH
#4.	Antrag: Pfannengericht in den Cafeterien	zu TOP 8
#5.	Änderungsantrag: Veganes Pfannengericht in den Cafeterien	zu TOP 8
#6.	Antrag: Umbesetzung von Ausschüssen	zu TOP 10

## **TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

5 Der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) eröffnet die Sitzung um 15.12 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des StuPa fest. Er weist die Anwesenden darauf hin, dass er in Absprache mit dem Präsidenten des StuPa (Patrick Walkowiak, NRGi) auf dieser Sitzung die Sitzungsleitung übernimmt und der Präsident des StuPa das Protokoll führt.

Der stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) beantragt zur Geschäftsordnung die Aufnahme der Zoom-Konferenz zur Erleichterung der Protokollierung. Es gibt keine Wortmeldungen, der Antrag wird bei folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

10 **19 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 1 Stimme ENTHALTUNG**

## **TOP 2. Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung**

15 Der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) merkt an, er sei darauf hingewiesen worden, dass im Anhang des Protokolls der 9. Sitzung Änderungsanträge fehlten. Die entsprechende Anpassung des Protokolls solle auf der kommenden 12. Sitzung des Studierendenparlaments vorgenommen werden.

Der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) erläutert, ihm seien von Sofie Rehberg (GRAS) Änderungswünsche zum vorläufigen Protokoll zugegangen. Er habe diese Änderungen alle sinngemäß übernommen, die Übernahme oder Abweichungen seien dabei zurückgemeldet worden.

20 In Abwesenheit von Wortmeldungen oder Änderungsanträgen stellt der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) das vorläufige Protokoll der 10. Sitzung des 55. Studierendenparlaments mit den genannten Änderungen zur Abstimmung. Das Protokoll wird bei folgendem Ergebnis genehmigt:

**23 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 2 Stimmen ENTHALTUNG**

## **TOP 3. Festlegung der Tagesordnung**

Der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) stellt die vorläufige Tagesordnung vor, welche in Absprache mit dem Präsidenten des StuPa (Patrick Walkowiak, NRGi) aufgestellt und dem Studierendenparlament gemäß § 7 Abs. 1 GO zur Annahme vorgelegt wird.

30 Gegenüber der mit der Einladung versandten vorläufigen Tagesordnung wurden die folgenden Änderungen vorgenommen: Hinter „Weitere Berichte“ (TOP 6) wurde der TOP „Semesterticket“ ergänzt, vor „Verschiedenes“ (TOP 9) der TOP „Umbesetzung zu Ausschüssen“ ergänzt. Der Stellvertretende Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) begründet die Abweichungen damit, dass diese Sitzung in außerordentlicher Weise gemäß § 5 Abs. 5 GO einberufen worden sei, sodass die Einladung samt Tagesordnung noch vor Ende der Antragsfrist versendet werden musste. Zu den  
35 ergänzten TOP sei jeweils ein fristgerechter Antrag zugegangen, welche berücksichtigt würden.

Auf Nachfrage ergeben sich keine Änderungswünsche an dem Vorschlag. In Abwesenheit von Gegenrede gilt der Vorschlag zur Tagesordnung gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 GO als angenommen.

40 Maximilian Gravendyk (GRAS) beantragt zur GO die Erteilung des Rederechts gemäß § 20 Abs. 4 lit. 1 GO für alle anwesenden Gäste. In Abwesenheit von Gegenrede gilt der Antrag gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 GO als angenommen.

## TOP 4. Bericht des Präsidiums und Anfragen

Der Präsident (Patrick Walkowiak, NRGi) berichtet, diese Sitzung des Studierendenparlaments sei auf Verlangen von sechs ordentlichen Mitgliedern gemäß § 5 Abs. 5 GO einberufen worden. Die nächste reguläre Sitzung des Studierendenparlaments sei für den 17. Oktober 2023 angesetzt. Weiterhin setzt er  
45 das Studierendenparlament davon in Kenntnis, dass die Neufassung der Fachschaftenordnung vom 29. März 2023 am 19. September 2023 amtlich bekannt gemacht worden sei und die Neufassung der Wahlordnung vom 29. August 2023, nach Genehmigung durch das Rektorat am 12. September 2023, am 20. September 2023 amtlich bekannt gemacht worden sei.

Feo Böcker (GRAS) fragt an, ob dem Präsidium neue dauerhafte Vertretungsregelungen gemäß § 9 GO  
50 bekannt seien. Der Präsident (Patrick Walkowiak, NRGi) verneint dies. Weiterhin fragt Feo Böcker (GRAS) mit Verweis auf § 20 Abs. 7 der Satzung der Studierendenschaft nach, wann der AStA seine Geschäftsordnung zuletzt dem StuPa zur Kenntnis vorgelegt habe. Auf Nachfrage des Stellvertretenden Präsidenten (Felix Käppel, RCDS & LHG) gibt Maximilian Gravendyk (GRAS) an, die GO des AStA sei über dessen Website abrufbar. Der Stellvertretende Präsident (Felix Käppel, RCDS & LHG)  
55 erläutert, dass seines Verständnisses nach durch die hochschulöffentliche Bekanntmachung der Sinn der Norm erfüllt worden sei. Hierzu müsse bedacht werden, dass der AStA wohl nicht zur hochschulöffentlichen Bekanntmachung seiner Geschäftsordnung verpflichtet sei, der Norm also in dieser Hinsicht ein gesonderter Zweck zukomme. Der AStA könne dennoch dazu angehalten werden, die GO dem StuPa gesondert zur Kenntnis zu geben. Der Präsident (Patrick Walkowiak, NRGi)  
60 bekräftigt, man würde den Wunsch zur gesonderten Bekanntmachung aufnehmen und bittet den AStA, dies zukünftig zu tun.

Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt an, ob alle Anträge zur Sitzung form- und fristgerecht beim Präsidium eingegangen seien. Dies wird vom Präsidenten (Patrick Walkowiak, NRGi) bejaht.

## TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen

Die Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (Hanife Demir, NRGi) berichtet, dass die  
65 Trauerfeier für den verstorbenen Matthias Brüggemann wie angekündigt stattgefunden habe. Sie teilt mit, dass der Lernraum im Campuscenter derzeit eingerichtet und den Studierenden in Kürze zur Verfügung stehen werde. Zudem sei ein Begrüßungsvideo für die kommenden Erstsemester gedreht worden, in welchem die diversen Angebote des AStA vorgestellt würden. Weiterhin informiert sie das  
70 Parlament über ein für den Oktober angesetztes Gespräch des AStA mit dem Rektorat. Für die Themen der Semesterticket und Nutzungskonzept des Kulturcafé verweist sie auf die entsprechenden Tagesordnungspunkte. Derzeit sei der AStA mit den Vorbereitungen für die Begrüßung der Erstsemester befasst (Erstibeutel, Informationsstände und Reader).

Die Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (Hanife Demir, NRGi) kündigt einige  
75 Veranstaltungen des AStA an, welche in nächster Zeit stattfinden würden: Ein Boulderevent am 02.10.2023, die Fortsetzung der Reihe „A Day in History“ am 13.10.2023, die Veranstaltung „Schlag den Referenten“ am 11.10.2023 und das Schach Kickoff-Turnier am 17.10.2023. Zudem lief das Foodsharing wie gewohnt weiter. Weitere Veranstaltungen würden auf den kommenden Sitzungen angekündigt.

Philipp Krüger (NRGi) ergänzt, dass im Rahmen der Nachhaltigkeitswoche, welche von der Universität  
80 organisiert werde, am 18.10.2023 vor dem RepairCafé ein Ständemarkt stattfinde, bei dem sich verschiedene Initiativen aus dem Bereich Nachhaltigkeit vorstellen und um Mitglieder werben würden. Zugleich würde das RepairCafé einen „Tag der offenen Tür“ ausrichten.

Robin Wegener (GRAS) fragt an, wie der AStA die Vorfälle im Kulturcafé vom 30.06.2023 bewerte.  
85 Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) teilt mit, dass der Abschluss laufender Ermittlungen abgewartet werde, ehe man sich dazu äußere. Hierfür äußert Robin Wegener (GRAS) Verständnis.

Weiterhin fragt Robin Wegener (GRAS) nach weiteren Informationen zu Plakatiermöglichkeiten auf dem Campus und der Zeitplanung zur Einrichtung mobiler Plakatierwände. Hierzu verweist er auf einen entsprechende Arbeitsauftrag, welcher dem AStA vom Studierendenparlament gegeben worden sei. Das  
90 Vorhandensein von Plakatiermöglichkeiten sei insbesondere im Hinblick auf die kommende Neuwahl des Studierendenparlaments relevant. Philipp Krüger (NRGi) berichtet davon, dass seitens des AStA gegenüber der Universitätsverwaltung (UV) mehrfach der Wunsch geäußert worden sei, ein Treffen unter anderem zu den Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und der Bewerbungsstruktur zu arrangieren. Ein Termin sei jedoch mit Verweis auf die schwierige Verfügbarkeit eines relevanten  
95 Teilnehmers bislang nicht zustande gekommen. Auf die Dringlichkeit dieses Themas sei wiederholt hingewiesen worden. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) ergänzt, man habe Rücksprache mit der FSVK gehalten welche Flächen auf dem Campus zum Plakatieren gewünscht seien. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit habe in der Folge ein Treffen mit Herrn Redenberg stattgefunden. Weitere Informationen würden im Oktober erwartet. Der AStA sehe die Notwendigkeit, hier bis Ende  
100 November Fortschritte zu erzielen. Sofern es demnächst keine Rückmeldung seitens der UV gebe, würde man erneut auf diese zugehen.

Hendrik Meinert (NRGi) fragt nach, ob der UV mitgeteilt wurde, dass die AStA-Säulen nicht als Plakatierflächen für die Wahlen zum Studierendenparlament geeignet seien. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) antwortet, man habe den Eindruck, dass dieser Umstand der UV bekannt  
105 sei. Man werde dies gegebenenfalls klarstellen.

Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt mit Verweis auf § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des AStA nach, was mit den dort genannten „Koalitionslisten“ gemeint sei. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, NRGi) fragt nach, ob sie dies prüfen und hierzu auf der kommenden Sitzung Auskunft geben könne. Maximilian Gravendyk (GRAS) fordert dazu auf, noch auf derselben Sitzung Auskunft zu erteilen, da  
110 Anfragen zur GO des AStA bereits mehrfach vertagt worden seien.

Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) beantragt zur GO die Durchführung einer Pause von 5 Minuten gemäß § 20 Abs. 4 lit. p GO. Dem Antrag wird gemäß § 21 Abs. 6 GO stattgegeben. Die Sitzung wird unterbrochen bis 15:45 Uhr.

Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) erkundigt sich bei Maximilian Gravendyk (GRAS),  
115 ob die Frage auf die Definition einer Koalitionsliste abziele oder auf die Nennung der Listen, die Koalitionslisten seien. Maximilian Gravendyk (NRGi) antwortet, es gehe um die Bedeutung dieses Absatzes, die Nennung der „Koalitionslisten“ sei hinreichend. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) benennt daraufhin die folgenden Listen als Koalitionslisten i. S. d. § 5 Abs. 4 der GO des AStA: NAWI, GEWI, REWI, Internationale Liste und Grüne Liste.

Darüber hinaus möchte Maximilian Gravendyk (GRAS) wissen, weshalb der Reiter (bzw. Tab)  
120 „Beratung für Studierende mit Kind“ von der Website des AStA entfernt worden sei. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) weist darauf hin, dass dies unter dem Reiter „Sozialberatung“ mit aufgeführt werde.

Schließlich fragt Maximilian Gravendyk (GRAS), als Rückfrage zur Antwort des AStA auf eine  
125 schriftliche Anfrage zu den Projektstellen, ob eine öffentliche Ausschreibung für die Vergabe der Projektstellen stattgefunden habe. Auf Rückfrage des Stellvertretenden Präsidenten des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) erläutert Maximilian Gravendyk (GRAS) eine öffentliche Ausschreibung meine bspw. die Veröffentlichung in einer Jobbörse unter Ausgabe einer Bewerbungsfrist. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) gibt an, er wisse, dass einige Projektstellen ausgeschrieben worden  
130 seien, teils habe er diese Ausschreibungen selbst verfasst. Um dies für die Gesamtheit der Projektstellen sicher beantworten zu können, bräuchte er etwas Zeit zur Prüfung. Maximilian Gravendyk (GRAS) bittet den AStA um Auskunft bis zur nächsten Parlamentssitzung, wie die Ausschreibung bei den jeweiligen Projektstellen gehandhabt worden sei. Sofern keine öffentliche Ausschreibung stattgefunden habe, bittet er um Auskunft, auf welcher Grundlage und anhand welcher Kriterien diese Stellen dann  
135 besetzt worden seien. Sofern der Ausschreibungstext dem AStA weiterhin vorliegt, bittet er darum diesen der Antwort auf diese Anfrage beizufügen.

140 Robin Wegener (GRAS) erläutert, dass in der Antwort auf die Anfrage zu den Projektstellen einige  
Teilantworten mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen (IFG) verweigert  
worden seien. Seines Verständnisses nach fände das IFG auf Anfragen der Mitglieder des  
Studierendenparlaments keine Anwendung. Er fragt an, weshalb der AStA annehme, dass dieses Gesetz  
auch gegenüber den Mitgliedern des Studierendenparlaments Anwendung fände. Auf Rückfrage des  
Stellvertretenden Präsidenten des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) erläutert Robin Wegener  
(GRAS), dass in der Antwort auf § 7 IFG (Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses)  
145 und § 8 IFG (Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) verwiesen worden sei. Es stelle sich die  
Frage, ob, sofern erforderlich, nicht eine nichtöffentliche Antwort erfolgen könne. Der Stellvertretende  
Präsident des StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) erläutert, dass seiner Kenntnis nach bspw. der Schutz  
von Geschäftsgeheimnissen nach dem IFG nicht mit einer bestimmten Abwehrrichtung versehen sei.  
Dies sei auf alle Personen gleichmäßig anwendbar. Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi)  
150 antwortet, der AStA teile diese Rechtsauffassung. Robin Wegener (GRAS) teilt mit, das Parlament  
müsse sein Kontrollrecht ausüben können und hierzu sei die Vorlage solcher Informationen erforderlich.

Maximilian Gravendyk (GRAS) erfragt, ob diese Informationen nicht zumindest den ordentlichen  
Mitgliedern des Studierendenparlaments zugesandt werden könne. Der Stellvertretende Präsident des  
StuPa (Felix Käppel, RCDS & LHG) wirft mit Verweis auf die Zulässigkeit der Frage ein, dass die  
Schutzwürdigkeit von Geschäftsgeheimnissen gemäß IFG auf alle Personen, einschließlich der  
155 Mitglieder des Studierendenparlaments, Anwendung fände. Hieran könne auch die nichtöffentliche  
Behandlung nichts ändern. Vielmehr sei die Zustimmung der „Geheimnisträger“ erforderlich. Die  
Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, NRGi) teilt mit, eine Zustimmung der „Geheimnisträger“ liege  
nicht vor, sodass die Auskunft nicht erteilt werden könne.

160 Maximilian Gravendyk (NRGi) stellt eine Reihe schriftlicher Anfragen gemäß § 7 Abs. 4 GO. Die  
Anfragen im Einzelnen sind in Anhang 2 aufgeführt.

## **TOP 6. Weitere Berichte**

Dem Präsidium des Studierendenparlaments wurden keine weiteren Berichte gem. § 7 Abs. 5 Satz 2 GO  
in Textform angekündigt. Der TOP wird daher geschlossen.

## **TOP 7. Semesterticket**

165 Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) beantragt zur GO den Ausschluss der Öffentlichkeit  
gemäß § 20 Abs. 4 lit. k GO. In Abwesenheit von Gegenrede gilt der Antrag gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2  
GO als angenommen.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

170 Zur Abstimmung steht der folgende Antrag:

Der 55. Allgemeine Studierendenausschuss der Ruhr-Universität Bochum wird beauftragt, zeitnah  
die ordentliche Kündigung der dem Semesterticket unterliegenden Verträge mit den  
Verkehrsbetrieben zu erklären.

175 Ron Agethen (NRGi) beantragt zur GO die Abstimmung geheim durchzuführen gemäß § 20 Abs. 4 lit.  
n GO. Dem Antrag wird gemäß § 21 Abs. 5 GO stattgegeben.

Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

<b>20 Stimmen JA, 2 Stimmen NEIN, 4 Stimmen ENTHALTUNG</b>
--

## TOP 8. Antrag: Pfannengericht in den Cafeterien

180 Es wird festgehalten, dass Maximilian Gravendyk (GRAS) als Antragsteller für den Antrag (Anlage 4) und Robin Wegener (GRAS) als Antragsteller für den Änderungsantrag (Anlage 5) fungiere.

185 Maximilian Gravendyk (GRAS) verliert den Antrag. Zur Begründung ergänzt er, Studierende der „D-Gebäude“ der Universität (GD, ID, ND) hätten ggf. einen recht langen Weg, um in einer kurzen Pause zwischen zwei Veranstaltungen vegetarische oder vegane Gerichte in der Mensa oder der sog. „Roten Bete“ kaufen zu können. Dadurch habe man kaum Möglichkeiten, sich realistisch mit warmem vegetarischem oder veganem Essen zu versorgen. Es gebe in der Regel auch keine Mikrowellen und kein ausreichendes vegetarisches Brötchenangebot in den Cafeterien. Ziel des Antrags sei es, dass die studentischen Vertreter der Studierendenschaft im Verwaltungsrat des Akademischen Förderungswerkes (AKAFÖ) sich darum bemühten, dass mindestens ein vegetarisches Gericht in jeder Mensa angeboten werde.

190 Felix Käppel (RCDS & LHG) erläutert, er habe im Vorfeld der Sitzung mit Robin Wegener (GRAS) über dieses Anliegen gesprochen. Ihm sei nicht klar, ob der Antrag auf ein zusätzliches Angebot oder die Ersetzung des bestehenden Angebots abziele. In beiden Fällen sehe er diesen Antrag jedoch kritisch. Das AKAFÖ verfüge bereits über ein sehr breites vegetarisches und veganes Angebot. Hierzu verweist er auf die sog. „Rote Bete“, welche auch von der Organisation PETA ausgezeichnet worden sei. Er widerspricht der Antragsbegründung in der Hinsicht, dass vegetarische und vegane Ernährung sachlich  
195 eine Randerscheinung darstelle. Hierzu zitiert er die 22. Sozialbefragung des Deutschen Studierendenwerks (DSW), der zufolge 17,1 % der Befragten sich vegetarisch und 4,8 % der Befragten sich vegan ernährten. Rein zahlenmäßig sei es damit eine Randerscheinung. Er spreche sich für die Schaffung von Angeboten für diese Gruppen aus und sehe auch die Notwendigkeit dezentraler  
200 Angebote, er sehe jedoch die Forderung, diese Angebote in allen Cafeterien zu schaffen, kritisch.

Weiterhin geht der Vorsitzende des AKAFÖ-Verwaltungsrates (Felix Käppel, RCDS & LHG) auf die vorübergehende Schließung der Cafeteria im Gebäude GA ein, welche unter dem neuen Geschäftsführer des AKAFÖ mit einem geänderten Konzept wieder geöffnet worden sei. Die Wiedereröffnung mit geändertem Konzept sei jedoch ursprünglich nicht geplant gewesen. Innerhalb des AKAFÖ sei die  
205 Ansicht vertreten worden, dass diese Cafeteria nicht mehr gebraucht würden. Gerade infolge des Nachfragerückgangs im Nachgang der Corona-Epidemie stehe die Frage im Raum, ob man das derzeitige Angebot langfristig aufrechterhalten könne. Die Antragsforderung würde dieses Problem noch verstärken, da jedes zusätzliche Angebot auch die Betriebskosten erhöhe.

210 Maximilian Gravendyk (GRAS) äußert sich kritisch bezogen auf die Aussage von Felix Käppel (RCDS & LHG), es handle sich bei vegetarischer und veganer Ernährung um eine Randerscheinung. Er fügt hinzu, dass zu diesen ca. 20% der Studierenden etwa 75% hinzukämen, welche auch Gerichte mit Fleisch essen würden und durch vegetarische bzw. vegane Angebote eingeschlossen wären. Er erklärt, dass man bspw. in der Cafeteria im Gebäude GD lediglich an drei von fünf Tagen eine vegetarische, warme Essenoption habe. Würde man das Gericht an den übrigen beiden Tagen durch ein vegetarisches  
215 Gericht ersetzen, könne man dadurch alle einschließen.

Ron Agethen (NRGi) meldet sich dahingehend zu Wort, ihm sei das grundsätzliche Angebot in den Cafeterien unbekannt und es sei ihm nicht gelungen, sich über die Websites des AKAFÖ darüber zu informieren. Er habe dies daher stichprobenartig überprüft und es habe stets eine vegetarische Option gegeben. Soweit er Maximilian Gravendyk (GRAS) verstanden habe, biete die Cafeteria im GD jedoch  
220 nur zwei bis drei Mal die Woche vegetarische Angebote. Er frage sich nun, ob dies für alle Cafeterien gelte. Weiterhin habe ihn überrascht, dass die Cafeterien teils unterschiedliche Angebote an denselben Tagen anböten.

225 Robin Wegener (GRAS) betont mit Verweis auf seinen Änderungsantrag, dass er ein flächendeckendes veganes Angebot bevorzugen würde. Dadurch würde ein Angebot für alle geschaffen. Hierzu hebt er hervor, dass veganes Essen sowohl halal als auch koscher sei. Man wolle das Gesamtinteresse der

Studierenden abbilden und hierbei sei das Bedürfnis nach veganen Angeboten verständlicherweise wichtig. Diese Angebote sollten mindestens in den Cafeterien der D-Gebäude dezentral bereitstehen.

- 230 Katrin Reichert (NRGi) erkundigt sich, ob in der zitierten Umfrage auch andere Ernährungsweisen wie sog. „Flexitarier“ abgefragt worden seien. Das tatsächliche Interesse an vegetarischen Angeboten könne größer sein, als es die Zahl der Vegetarier und Veganer vermuten ließe. Ohnehin sehe sie vegetarische bzw. vegane Ernährung nicht als Randerscheinung. Sie hielte die Antragsforderung nach vegetarischen Angeboten für gut, die Forderung veganer Angebote sogar noch besser. Sie könne sich bspw. auch vorstellen, gegen Aufpreis zusätzlich Fleisch zu den Gerichten anzubieten. Vielleicht könne man dadurch auch eine generelle Verringerung der Preise erwirken.
- 235 Felix Käppel (RCDS & LHG) antwortet auf die Nachfrage von Katrin Reichert (NRGi), es seien Zustimmungsgrade erfasst worden (trifft zu, trifft manchmal zu, ...). Der Anteil von 17 % stelle nicht mal ein Fünftel der Studierenden dar, der Begriff „Randerscheinung“ in diesem Kontext sei nicht wertend sondern rein zahlenmäßig zu verstehen. Es gebe ausweislich der Befragung auch einen Anteil der Studierenden, für die Fleisch zum Essen dazugehöre. Zu dieser Gruppe zähle er auch sich selbst.
- 240 Mit Verweis auf den Redebeitrag von Robin Wegener (GRAS) äußert er Zustimmung, denn auch er fände ein durchgehendes vegetarisches bzw. veganes Angebot je Gebäudereihe sinnvoll. Die Antragsforderung könne jedoch langfristig negative Konsequenzen haben, welche von den Antragsstellern nicht bedacht worden seien. Er würde die Beibehaltung der Cafeterien der Einführung von Zusatzangeboten vorziehen.
- 245 Tim Cremer (NRGi) berichtet, er wisse aus eigener Erfahrung, dass bspw. auf Grillveranstaltungen das vegetarische Essen stets als Erstes vergriffen sei. Er empfände ein zusätzliches Angebot ebenfalls als nicht zielführend und spricht sich für eine Ersetzung nichtvegetarischer Angebote aus. Weiterhin empfinde er die Preise in den Cafeterien des AKAFÖ, so wörtlich, als „gewisse Frechheit“. Die Preise seien bei geringerer Menge höher als in der Mensa, weshalb viele Studierende lieber dort äßen. Er unterstütze die Antragsforderung, da vegetarisches bzw. veganes Essen alle einschließe und eine bessere CO2-Bilanz aufweise. Er pflichtet auch dem Vorschlag bei, zusätzlich Fleisch zu den Gerichten anzubieten, bspw. in Form verschiedener Beläge. Er kritisiert zudem, dass das AKAFÖ sich von einer einzelnen Firma abhängig mache, welche die Preise reguliere. Er äußert sich zweifelnd in Bezug auf die Ergebnisse der DSW-Studie und schlägt vor, eine eigene Erhebung durchzuführen, insbesondere könne man die Einnahmen des AKAFÖ an den einzelnen Gerichten prüfen. Man müsse prüfen, was nachgefragt werde und welche Preise die Studierenden zahlen könnten. Anhand dessen müsse man entscheiden, wie mit den Cafeterien zu verfahren sei, gegebenenfalls müsse man diese eben schließen. Er sehe das AKAFÖ in der Pflicht, ein bezahlbares Angebot für Alle zu schaffen.
- 250 Er unterstütze die Antragsforderung, da vegetarisches bzw. veganes Essen alle einschließe und eine bessere CO2-Bilanz aufweise. Er pflichtet auch dem Vorschlag bei, zusätzlich Fleisch zu den Gerichten anzubieten, bspw. in Form verschiedener Beläge. Er kritisiert zudem, dass das AKAFÖ sich von einer einzelnen Firma abhängig mache, welche die Preise reguliere. Er äußert sich zweifelnd in Bezug auf die Ergebnisse der DSW-Studie und schlägt vor, eine eigene Erhebung durchzuführen, insbesondere könne man die Einnahmen des AKAFÖ an den einzelnen Gerichten prüfen. Man müsse prüfen, was nachgefragt werde und welche Preise die Studierenden zahlen könnten. Anhand dessen müsse man entscheiden, wie mit den Cafeterien zu verfahren sei, gegebenenfalls müsse man diese eben schließen. Er sehe das AKAFÖ in der Pflicht, ein bezahlbares Angebot für Alle zu schaffen.
- 255 man die Einnahmen des AKAFÖ an den einzelnen Gerichten prüfen. Man müsse prüfen, was nachgefragt werde und welche Preise die Studierenden zahlen könnten. Anhand dessen müsse man entscheiden, wie mit den Cafeterien zu verfahren sei, gegebenenfalls müsse man diese eben schließen. Er sehe das AKAFÖ in der Pflicht, ein bezahlbares Angebot für Alle zu schaffen.
- 260 Maximilian Gravendyk (GRAS) zitiert ebenfalls aus der 22. Sozialerhebung der DSW und möchte die Zitation von Felix Käppel (RCDS & LHG) dahingehend korrigieren, dass 45 % der Befragten eine fleischlose Ernährung bevorzugten, davon 12 % vegane und 33 % vegetarische Ernährung, wohingegen für 33 % der Befragten Fleisch zum Essen dazugehöre. Zudem verweist er darauf, dass Personen, die eine vegetarische Ernährung bevorzugten, mit 2,6 Mensabesuchen pro Woche etwas seltener in die Mensa gingen als jene, die dies nicht täten, mit 2,9 Mensabesuchen pro Woche. Er führt dies auf mangelnde, durchgehende fleischlose Angebote in den Mensen zurück. Mit Verweis auf die Ausführung von Tim Cremer (NRGi) ergänzt er, dass der Antrag eine Kopplung des Preises an den Preis des Sprinters in der Mensa vorsehe, welcher ein günstiges Angebot darstelle.
- 265 mangelnde, durchgehende fleischlose Angebote in den Mensen zurück. Mit Verweis auf die Ausführung von Tim Cremer (NRGi) ergänzt er, dass der Antrag eine Kopplung des Preises an den Preis des Sprinters in der Mensa vorsehe, welcher ein günstiges Angebot darstelle.
- 270 Patrick Walkowiak (NRGi) äußert sich kritisch in Bezug auf die geforderte Kopplung des Preises an jenen des Sprinters. Dies könne eine akzeptable Verhandlungsposition sein, sei jedoch von vornherein unrealistisch. Da das AKAFÖ kein gewinnorientiertes Unternehmen sei, vermutet er die genannten höheren Preise in den Cafeterien seien auf höhere Stückkosten zurückzuführen. Er gehe nicht davon aus, dass das AKAFÖ die Preise künstlich in die Höhe treiben. Die Preise müssten einen wirtschaftlichen Betrieb der Cafeterien erlauben und sollten nicht willkürlich günstig festgelegt werden.

275 Maximilian Gravendyk (GRAS) erwidert, die Stückkosten sanken mit der Anzahl an Kunden. Bei der Antragsforderung handele es sich nicht um eine Festlegung. Niedrigere Preise seien in jedem Fall eine Verbesserung für die Studierenden.

280 Robin Wegener (GRAS) berichtet von Gesprächen mit der Landtagsfraktion der Grünen zur finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke. Die Kostenerhöhungen durch Inflation und Energiekosten seien durch das Land NRW vollständig erstattet worden. Hierin bestehe also kein Grund für das AKAFÖ diese Forderungen abzulehnen. Er äußert zudem Bedauern, dass er in der Debatte viele gute Vorschläge gehört habe, jedoch keine Änderungsanträge eingereicht worden seien, welche nun diskutiert werden könnten. Die konkrete Zahl der Betroffenen sei unerheblich, da alle Studierenden berücksichtigt werden müssten. Er zieht dazu einen Vergleich mit der Inklusion von Studierenden mit Gehbehinderung, bei der die konkrete Zahl der Betroffenen ebenfalls unerheblich sei. Ohne vegetarische bzw. vegane Angebote könnten Betroffene nichts essen.

290 Nikita Kantor (NRGi) gibt zu bedenken, dass man bspw. auch glutenfreie Angebote schaffen müsste, wenn man alle einschließen wollte. Er gehe auch davon aus, dass die Qualität des Essens grundsätzlich mit dem Preis steige. Für ihn hätte Priorität, dass es schmeckt, man satt wird und es gut verträglich ist. Grundsätzlich befürworte er ein zusätzliches vegetarisches Angebot. Er äußert jedoch die Sorge, dass dies eine Erhöhung des Semesterbeitrags zur Folge haben könnte.

295 Der Vorsitzende des AKAFÖ-Verwaltungsrates (Felix Käppel, RCDS & LHG) äußert sich verwundert über die gravierenden Probleme, welche offenbar beim AKAFÖ gesehen würden, von denen er aber zuvor noch nie gehört habe. Er betont, dass es für ihn sehr wichtig sei, als Angehöriger des AKAFÖ-Verwaltungsrates für die Studenten präsent zu sein und er immer wieder darum gebeten habe, ihn bei Beschwerden und Anregungen zum AKAFÖ zu kontaktieren. Im Falle dieses Antrages sei er sogar im Vorfeld auf die Antragsteller zugegangen und habe denen seine Bereitschaft zur Forderung nach einer Erweiterung des dezentralen vegetarischen Angebotes erklärt. Er widerspricht der Aussage, das AKAFÖ lasse sich nur von einer einzelnen Firma beliefern. Er wisse nicht, woher diese Information stamme, aber erklärt, diese sei falsch. Auch widerspricht er der Aussage, die Studierendenwerke hätten einen Inflationsausgleich erhalten; die Landesregierung den Studierendenwerken aus einem Fördertopf einen Teil der energiebedingten Mehrkosten aus dem letzten Jahr für die Gastronomie erstattet. Einen vollständigen Ausgleich der Energiekosten oder gar einen Ausgleich der Inflation hätte es nie gegeben. Weiterhin sei die Antragsforderung nicht mit Inklusion vergleichbar, da Vegetarier und Veganer keine Behinderung hätten. Bei vegetarischer Ernährung handelte es sich um eine Entscheidung. Sofern die Forderung im Raum steht alle Ernährungsgewohnheiten abzudecken, wäre man dann auch gezwungen sog. „karnivore Ernährung“ zu berücksichtigen.

310 Hinsichtlich der Sorge um eine Erhöhung des Semesterbeitrags ergänzt er, dass jede Erweiterung des Angebots sich auf die Betriebskosten des AKAFÖ auswirke und somit - zumindest mittelbar - für einen höheren Beitrag sorgen könne. Diese Erweiterung würde sich tendentiell zu Ungunsten der Beibehaltung der Cafeterien auswirken. Sollte der Antrag durch das Studierendenparlament beschlossen werden, sagt er zu, diesen im AKAFÖ zu präsentieren und davon zu berichten.

Hendrik Meinert (NRGi) wirft die Frage auf, ob es Menschen gebe, die sich ausschließlich von Fleisch ernährten. Ansonsten sehe er niemanden gehindert noch Fleisch zu ergänzen. Er hielte eine Ersetzung an Stelle einer Ergänzung des bestehenden Angebots für diskutabel.

315 Maximilian Gravendyk (GRAS) wirft ein, der Antrag habe nur mindestens ein vegetarisches Angebot zum Ziel. Weitere Angebote sollten sich anhand der verfügbaren Budgets ergeben.

320 Tim Cremer (NRGi) beantragt zur GO den Schluss der Redeliste gemäß § 20 Abs. 4 lit. b GO. Zudem schlägt er eine Vertagung der Abstimmung vor. Zur Begründung führt er aus, es mangle noch an diversen Informationen bevor der Antrag abgestimmt werden könne. In der Zwischenzeit könne der Ökologieausschuss sich mit dem Thema befassen. Man solle eine eigene Analyse der Angebote der Cafeterien anstreben und ein Konzept mit dem oder ggf. für das AKAFÖ entwickeln.

325 Maximilian Gravendyk (GRAS) beantragt zur GO die Durchführung einer Pause von 5 Minuten gemäß § 20 Abs. 4 lit. p GO. Er erhebt Widerspruch gegen den Antrag zur GO von Tim Cremer (NRGi) gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 GO. Zur Begründung führt er aus, er empfinde die Diskussion als konstruktiv. Der Schluss der Redeliste sei nicht erforderlich, um zu einem angemessenen Abschluss zu kommen.

Tim Cremer (NRGi) zieht seinen Antrag zur GO auf Schluss der Redeliste zurück. Dem Antrag zur GO von Maximilian Gravendyk (GRAS) wird gemäß § 21 Abs. 6 GO stattgegeben. Die Sitzung wird unterbrochen bis 17:36 Uhr.

330 Patrick Walkowiak (NRGi) erklärt, dass ihm mindestens ein Fall einer Person bekannt sei, welche faktisch nur Fleisch und Früchte essen könne. Er empfinde es als unangebracht, daraus die Forderung eines flächendeckenden rein fleischlichen Angebots abzuleiten. Das Angebot der Cafeterien müsse zuvorderst wirtschaftlich sein, man könne nicht auf jede individuelle Situation eingehen. Er widerspricht ebenfalls der Aussage, die Studierendenwerke würden vom Land hinreichend unterstützt. Der Anteil der Beiträge der Studierenden an der Finanzierung des AKAFÖ steige von Jahr zu Jahr an, das Land biete  
335 keine ausreichend Unterstützung. Er kündigt an, eine Vertagung des Antrags oder eine Überweisung in einen Ausschuss beantragen zu wollen.

340 Robin Wegener (GRAS) stellt klar, dass seine Aussage nicht so gemeint gewesen sei, dass die Studierendenwerke auskömmlich finanziert wären. Er stimmt dahingehend zu, dass nicht jedem der 40.000 Studierenden ein Angebot gemacht werden könne, dies sei jedoch kein Grund nichts zu unternehmen. Man müsse allgemein vorankommen.

Patrick Walkowiak (NRGi) erwidert, er habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, dass man realistisch bleiben müsse und nicht jede Nische bedienen könne. Vegetarische bzw. vegane Studierende fielen für ihn nicht in diese Kategorie.

345 Maximilian Gravendyk (GRAS) stimmt zu, dass es einzelne Menschen gebe, denen man kein Angebot machen könne. Er habe in seinen bisherigen Beiträgen zum Ausdruck bringen wollen, dass dies für einen großen Teil erfolgen sollte. Er spricht sich gegen eine Vertagung des Antrags bzw. Verweisung in einen Ausschuss aus und äußert den Wunsch, diesen Antrag noch auf dieser Sitzung zu beschließen. Er befürwortet dennoch eine Debatte und Behandlung dieser Thematik im Ökologieausschuss oder auf kommenden Sitzungen.

350 Der Vorsitzende des AKAFÖ-Verwaltungsrates (Felix Käppel, RCDS & LHG) erneuert seine Zusage, diese Angelegenheit auch unabhängig von seiner Annahme im AKAFÖ vorzutragen und sich für ein vegetarisches Angebot in jeder Gebäudereihe einzusetzen.

355 Patrick Walkowiak (NRGi) beantragt zur GO die Vertagung des Antrags gemäß § 20 Abs. 4 lit. e GO. Maximilian Gravendyk (GRAS) erhebt Widerspruch mit Verweis auf seinen vorangegangenen Redebeitrag, daher wird über den Antrag gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 GO abgestimmt. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis abgelehnt, da er die erforderliche Mehrheit von Zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gemäß § 21 Abs. 3 GO verfehlt:

**12 Stimmen JA, 6 Stimmen NEIN, 6 Stimmen ENTHALTUNG**

360 Ron Agethen (NRGi) beantragt zur GO die Überweisung des Antrags in den Ökologieausschuss gemäß § 20 Abs. 4 lit. i GO. Maximilian Gravendyk (GRAS) erhebt Widerspruch mit Verweis auf seinen vorangegangenen Redebeitrag, daher wird über den Antrag gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 GO abgestimmt. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

**16 Stimmen JA, 6 Stimmen NEIN, 2 Stimmen ENTHALTUNG**

365 Maximilian Gravendyk (GRAS) behält sich ein Sondervotum vor, welches ggf. fristgerecht gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 eingereicht würde.

## TOP 9. Aussprache: Nutzungskonzept Kulturcafé

370 Maximilian Gravendyk (GRAS) berichtet, im Studierendenparlament sei noch nicht über das Nutzungskonzept für das Kulturcafé gesprochen worden, welches demnächst verabschiedet werden solle. Diese Aussprache soll die Mitglieder des Studierendenparlaments in die Debatte dieses Nutzungskonzepts einbeziehen. Letzte Woche habe bereits ein Gespräch zwischen Vertretern des AStA und Vertretern der Fachschaftsräte stattgefunden. Zudem sollen noch einige offene Fragen angesprochen werden, darunter der Zeitplan des Nutzungskonzepts und die mittelfristige Einbindung der Fachschaftsräte und des Studierendenparlaments in die Ausgestaltung. Ihm sei dabei bewusst, dass es sich um einen laufenden Prozess handeln solle, der noch einigen Änderungen unterliege.

375 Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) erläutert zunächst, dass die kommende Einführungswoche die Entwicklung des Nutzungskonzepts verzögern werde. Es habe bereits ein Termin mit Vertretern der Fachschaftsräte stattgefunden, hierzu laufe derzeit auch eine Nachreichungsfrist von Vorschlägen. Der Fokus liege auf einer Entwicklung des Konzepts gemeinsam mit den Fachschaftsräten, die Einbindung der Studierendenparlaments sei selbstverständlich wichtig, habe jedoch keine Priorität, da das Parlament von dem Konzept kaum betroffen wäre. Im Anschluss solle das Konzept der FSVK und dem Studierendenparlament vorgelegt werden, dessen Umsetzung sei für Oktober geplant. Das Konzept sei derzeit noch nicht spruchreif. Man wolle die Abfassung vieler Iterationen vermeiden, um keine Verwirrung zu verursachen.

385 Maximilian Gravendyk (GRAS) erkundigt sich, inwieweit das Autonome AusländerInnenreferat (AAR) hinsichtlich des AusländerInnenzentrums (AZ) betroffen sei. Bisher habe der Kulturbeirat über die Nutzung der Räumlichkeiten entschieden. Er fragt, welche Kompetenzen dem Kulturbeirat nach Veröffentlichung des Nutzungskonzepts noch zukommen sollen.

390 Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) antwortet, die Funktion des Kulturbeirats bezüglich der Terminvergabe werde aufgehoben. Die Nutzung der Räumlichkeiten sei mit dem AAR abgesprochen worden, sodass keine Terminkonflikte entstehen.

Robin Wegener (GRAS) fragt nach, ob weitere Gesprächstermine vorgesehen sind und ob das Parlament in irgendeiner Form in die Erstellung des Nutzungskonzepts eingebunden werden solle. Der Termin letzte Woche sei ungünstig gelegt worden, da an diesem Tag auch der internationale Klimastreik stattgefunden habe.

395 Felix Käppel (RCDS & LHG) hebt einleitend hervor, dass er sich sehr für ein starkes Studierendenparlament, welches seine Rechte vollumfänglich wahrnehme, einsetze. In diesem Punkt sehe er jedoch die Vertreter der Fachschaftsräte in der Rolle, sich selbstständig mit dem AStA auf ein Nutzungskonzept zu einigen, da sich das Konzept letztlich an die Fachschaften richte. Er erkenne kein gesondertes Interesse des Studierendenparlament. Sofern die Fachschaften mit dem Konzept zufrieden seien, sehe er keinen Handlungsbedarf.

Der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NRGi) äußert, dies decke sich mit seinen Vorstellungen. Priorität habe, dass die Fachschaftsräte zufrieden seien. Er bietet an es dem Parlament zumindest zur Kenntnisnahme vorzulegen. Sofern es Einwendungen gebe, könne dies natürlich im Parlament debattiert werden. Er erkundigt sich, ob eine explizite Abstimmung im Studierendenparlament gewünscht ist.

405 Patrick Walkowiak (NRGi) betont, für ihn stehe eine Einigung zwischen den Fachschaften und dem AStA im Zentrum. Lediglich wenn es zu Unstimmigkeiten zwischen den Fachschaftsräten und dem AStA komme, erschiene ihm eine Intervention des Studierendenparlaments angebracht. Die angebotene Kenntnisnahme von dem Nutzungskonzept wäre seines Ermessens ausreichend, seinerseits bestehe jedenfalls Interesse an der Einigung.

410 Maximilian Gravendyk (GRAS) widerspricht dahingehend, dass Eingriffe in die Autonomen Referate stets auch dem Studierendenparlament zur Kenntnis oder zur Abstimmung vorgelegt werden sollten. Er sei stolz auf die Autonomen Referate im AStA.

415 Felix Käppel (RCDS & LHG) stimmt zu, dass er die Lage anders einschätzen würde, soweit diese Änderungen dem AAR aufgezwungen würden. Seiner Kenntnis nach bestehe der Kulturbeirat aus dem Geschäftsführer des Kulturcafé, dem Kulturreferat des AStA und dem AAR. Faktisch hätten auch in der Vergangenheit vornehmlich der Geschäftsführer und das Kulturreferat über die Nutzung des Kulturcafé entschieden. Gerade da das AAR seine Zustimmung gegeben habe, sehe er keinen Anlass für eine Intervention seitens des Studierendenparlaments.

420 Maximilian Gravendyk (GRAS) hebt hervor, erst durch diese Debatte habe das Studierendenparlament erfahren, dass diese Kompetenzänderungen stattgefunden hätten und im Einvernehmen der Beteiligten geschähen.

## TOP 10. Umbesetzung von Ausschüssen

425 Der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS & LHG) präsentiert den Antrag auf Umbesetzung des Haushaltsausschusses (Anlage 6) des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion NRGi (Ron Agethen, NRGi). Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

<b>21 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG</b>
--

## TOP 11. Verschiedenes

430 Der Vorsitzende des Ökologieausschusses (Tim Cremer, NRGi) erklärt mit Verweis auf einen Einwurf von Robin Wegener (GRAS) unter dem TOP „Antrag: Pfannengericht in den Cafeterien“, es habe eine Umfrage zur Festlegung eines Termins für den Ökologieausschuss gegeben, welche trotz mehrerer Erinnerungen bislang nur von einer Person ausgefüllt worden sei. Eine konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss sei ihm wichtig. Er verbitte es sich ihm als Vorsitzenden eine Verschleppung der Ausschusssitzungen vorzuwerfen. Seine Konsequenz daraus wäre, dass er in Zukunft nur noch die Termine der ordentlichen Ausschussmitglieder erfrage.

435 Er fügt hinzu, dass ihm noch zwei Protokolle des Ökologieausschusses fehlten, welche in Abwesenheit der Stellvertretenden Vorsitzenden von einem beratenden Mitglied der Fraktion Jusos erstellt worden seien. Er würde diese Protokolle gerne dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Er bittet Lara Thea Spanagel (Jusos) nach den Protokollen zu fragen.

440 Bezogen auf die Überweisung des Antrags „Pfannengericht in den Cafeterien“ in den Ökologieausschuss verweist er auf seinen befürwortenden Redebeitrag in der Debatte. Die Überweisung stelle keine Verschleppungstaktik dar, es gehe um die Erstellung eines Konzepts, welches im Ausschuss vorbesprochen werden solle.

445 Schließlich erklärt der Vorsitzende des Ökologieausschusses (Tim Cremer, NRGi), das Thema Lastenräder müsse noch in einer Ausschusssitzung besprochen werden. Es liege ihm mittlerweile ein Angebot vor, welches potentiell auch das Leasing eines Lastenrads erlaube. Zur Einberufung einer Sitzung sei jedoch die Kooperation der Mitglieder bei der Terminfindung erforderlich.

450 Robin Wegener (GRAS) erwidert die Terminfindung sei regelmäßig erst auf seinen Druck zustande gekommen. Er fordert den Vorsitzenden des Ökologieausschusses (Tim Cremer, NRGi) dazu auf, einen Sitzungskalender aufzustellen, so wie es das Studierendenparlament tue. Im Zweifel müsse er Termine festsetzen. Die Lastenräder scheiterten derzeit lediglich an der Finanzierung.

Lara Thea Spanagel (Jusos) äußert Bedauern für die fehlenden Protokolle. Sie habe keine Kenntnis davon gehabt und werde sich darum kümmern, dass die Protokolle ordnungsgemäß eingereicht werden.

455 Robin Wegener (GRAS) wirft ein, dass eigentlich die Stellvertretende Vorsitzende des Ökologieausschusses für die Erstellung des Protokolls zuständig sei. Der Vorsitzende des Ökologieausschusses (Tim Cremer, NRGi) erwidert, diese sei krank gewesen.

Maximilian Gravendyk (GRAS) bittet darum, die vorliegenden Angebote mit den Mitgliedern des Ökologieausschusses zu teilen. Hierzu verweist er auf ein Angebot, welches ihm vorliege, welches er gerne damit vergleichen wolle.

460 Der Vorsitzende des Wahlausschusses (Hendrik Meinert, NRGi) erklärt, der Wahlausschuss befinde sich derzeit in der Terminfindung für seine nächste Sitzung zur Vorbereitung der Wahlen zum 56. Studierendenparlament und 8. SHK-Rat. Thema der Sitzung würden die Wahlvorbereitung und die Nutzung der Möglichkeiten der Wahlordnung sein. Er selbst strebe insbesondere die Verwendung eines digitales Wählerinnenverzeichnisses an.

465 Der Vorsitzende des Ökologieausschusses (Tim Cremer, NRGi) antwortet auf die Bitte von Maximilian Gravendyk (GRAS), ihm lägen Angebote von der „Villa Hügel“ und der „Gesellschaft der Freunde“ vor. Diese würde er nicht versenden, sondern auf der nächsten Sitzung zur Verfügung stellen. Er dankt Lara Thea Spanagel (Jusos) dafür, dass sie sich nach den Protokollen erkundigt. Weiterhin betont er, dass er Termine gemeinsam und nicht als Vorsitzender festlegen wolle.

Ron Agethen (NRGi) wünscht allen Anwesenden einen frohen internationalen Weltnashorntag.

470 Robin Wegener (GRAS) stellt klar, dass er eine Beteiligung in Form einer Terminumfrage unterstütze, die Termine in Abwesenheit von Rückmeldungen jedoch durch den Vorsitzenden festgelegt werden müssten.

Tim Cremer (NRGi) erklärt, er sei auch stolz auf die Referenten und Mitarbeiter des AStA.

475 Der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS & LHG) schließt die Sitzung um 18.22 Uhr.

Für das Protokoll

---

Patrick Walkowiak

Präsident des Studierendenparlaments

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM | 44780 Bochum | Germany  
Studierendenparlament

An die Mitglieder des  
55. Studierendenparlaments  
der Ruhr-Universität Bochum

**Studierendenschaft  
der Ruhr-Universität Bochum**

**Studierendenparlament  
Präsident des Studierendenparlaments**  
Gebäude SH 0/17  
Universitätsstraße 150, 44801 Bochum

**Patrick Walkowiak**  
Telefon +49 152 22593996  
praesident@stupa-bochum.de  
www.stupa-bochum.de

**07.09.2023**

## **Einladung zur 11. Sitzung des 55. Studierendenparlaments**

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments, liebe interessierte Öffentlichkeit,

auf Verlangen der ordentlichen Mitglieder Lara Thea Spanagel, Edyta Wystub, Feo Böcker, Robin Wegener, Nick Linsel und Andreas Queissner gemäß § 5 Abs. 5 GO-SP i.V.m. § 10 Abs. 2 der Satzung der Studierendenschaft lade ich hiermit in Erfüllung meiner Amtspflichten ein zur

**11. Sitzung des 55. Studierendenparlaments**  
am **Freitag**, dem **22. September** um **15:00 Uhr**  
via **Zoom**.

Die Sitzung findet auf Grundlage von § 5 Abs. 4 der Corona-Epidemie-Hochschulverordnung in elektronischer Kommunikation statt, die **Zugangsdaten** zum Zoom-Meeting ([Link](#)) sind:

Meeting-ID: 614 7731 9081      Passwort: 388263

Dem Verlangen entsprechend lautet die vorläufige Tagesordnung der Sitzung:

- TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung
- TOP 3: Festlegung der Tagesordnung
- TOP 4: Bericht des Präsidiums und Anfragen
- TOP 5: Bericht des AStA und Anfragen
- TOP 6: Weitere Berichte
- TOP 7: Antrag: Pfannengericht in den Cafeterien
- TOP 8: Aussprache: Nutzungskonzept Kulturcafé
- TOP 9: Verschiedenes

Unbeschadet dessen steht es allen Antragsberechtigten frei innerhalb der Antragsfrist weitere Anträge einzureichen. Die Antragsfrist für diese Sitzung endet am 14. September 2023.

Als Anlagen zu dieser Einladung versende ich

[TOP 2] das vorläufige Protokoll der 10. Sitzung des 55. Studierendenparlaments;

Bemerkungen:

[TOP 2] Zusätzlich wird den Mitgliedern die nichtöffentliche Fassung des vorläufigen Protokolls der 10. Sitzung des 55. Studierendenparlaments wird den Mitgliedern zugesandt; es wird auf die Pflicht zur Verschwiegenheit hingewiesen.

[TOP 6] Weitere Berichte sind entsprechend § 7 Abs. 5 GO dem Präsidium vor der Sitzung in Textform anzukündigen.

[TOP 7] Hierzu wurde bislang auch auf Nachfrage kein Antrag übermittelt.

Alle Anlagen sind auch im Moodle-Kurs des Studierendenparlaments einsehbar.

[\[https://moodle.ruhr-uni-bochum.de/course/view.php?id=46932\]](https://moodle.ruhr-uni-bochum.de/course/view.php?id=46932)

Herzliche Grüße,

**Patrick Walkowiak**



Grüne & Alternative Student\*innen Bochum

E-Mail GRAS: gras-bochum@systemli.org

Bochum, den 22.09.2023

5 An den Präsidenten des  
55. Studierendenparlaments  
der Ruhr-Universität Bochum

10 Patrick Walkowiak  
Gebäude SH 017  
Universitätsstraße 150  
447801 Bochum

an die Vorsitzende des  
55. Allgemeinen Studierendenausschusses

15 Hanife Demir  
Gebäude SH 011  
Universitätsstraße 150  
447801 Bochum

### **Anfrage an die Vorsitzende des 55. Allgemeinen Studierendenausschusses**

Liebe Hanife,

20 in welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das  
Referat für Service und Öffentlichkeitsarbeit:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

25 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das  
Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?
- 

30 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das  
Referat für Politische Bildung:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

35 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das Referat für Mobilität, Ökologie und Infrastruktur:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

40 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das Referat für Sicherheit, Sport und Gesundheit:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

45 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das Referat für E-Sport:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

50 In welcher Gesamthöhe hat der AStA jeweils im Zeitraum 01.03.2023 – 31.08.2023 für das Referat für Logistik:

- Aufwandsentschädigungen ausgegeben?
- Sachmittel ausgegeben?
- Sonstige Ausgaben getätigt?

Wir bitten um Beantwortung der Fragen innerhalb von 6 Wochen, spätestens aber zum 03.11.2023.

55 Mit freundlichen Grüßen

Feo Böcker, Robin Wegener, Sofie Rehberg, Maximilian Gravendyk und Sarah Ludyga  
für die GRAS



E-Mail GRAS: [gras-bochum@systemli.org](mailto:gras-bochum@systemli.org)

An den Präsidenten des  
55. Studierendenparlaments  
der Ruhr-Universität Bochum

5 Patrick Walkowiak  
Gebäude SH 017  
Universitätsstraße 150  
447801 Bochum

Bochum, den 13. September 2023

10 **Antrag in der 11. Sitzung des 55. Studierendenparlaments**

Liebe Parlamentarier\*innen,

hiermit beantragen wir, das 55. Studierendenparlaments möge auf seiner 11. Sitzung beschließen:

**Antrag auf dezentrales Essen für alle: Durchgehend ein warmes vegetarisches Pfannengericht in allen Cafeterien**

15 Das Bochumer Studierendenwerk (AKAFÖ) hat den gesetzlichen Auftrag, durch vergünstigtes Essen in den Mensen vor allem der finanziellen Lebensrealität der Studierenden gerecht zu werden. Dabei soll auch darauf geachtet werden, dass die angebotenen Speisen der Ernährungsphilosophie der Studierenden gerecht werden.

20 Vegetarische Ernährung stellt keinesfalls eine Randerscheinung dar. Immer mehr Studierende entscheiden sich für diese Ernährungsform, die einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Gesundheit, einer tierleidfreien Welt, weniger Landflächennutzung und weniger Ausstoß von Treibhausgasen leisten kann. Die Verfolgung dieser Ziele muss allen Studierenden jederzeit möglich sein. Dazu muss das Bochumer Studierendenwerk Haltung beziehen und Verantwortung tragen.

25 Das Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum fordert daher, dass in allen Cafeterien durchgehend mindestens ein warmes vegetarisches Gericht, zum gleichen vergünstigten Preis wie das „Sprinter“-Angebot in der Hauptmensa angeboten wird.

Die studentischen Vertreter\*innen im Verwaltungsrat des Bochumer Studierendenwerks und der Allgemeine Studierendenausschuss werden aufgefordert diese Position an das Bochumer Studierendenwerk heranzutragen.

30

**Begründung:**

Für Menschen, die sich vegetarisch ernähren ist es teilweise nicht möglich, dezentral größere warme Mahlzeiten zu erhalten. Insbesondere für Studierenden, die in den D-Gebäude Vorlesungen und Veranstaltungen haben und gerade mittags bei einem vollem Stundenplan nur 30 Minuten zwischen zwei Veranstaltungen haben, ist der eigentlich kurze Weg zur Zentralachse (Rote Bete) nicht zu schaffen.

35

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Feo Böcker, Robin Wegener, Sofie Rehberg, Maximilian Gravendyk und Sarah Ludyga  
für die GRAS



E-Mail GRAS: [gras-bochum@systemli.org](mailto:gras-bochum@systemli.org)

An den Präsidenten des  
55. Studierendenparlaments  
der Ruhr-Universität Bochum

5 Patrick Walkowiak  
Gebäude SH 017  
Universitätsstraße 150  
447801 Bochum

Bochum, den 13. September 2023

10 **Änderungsantrag in der 11. Sitzung des 55. Studierendenparlaments**

Liebe Parlamentarier\*innen,

hiermit beantragen wir, das 55. Studierendenparlaments möge auf seiner 11. Sitzung beschließen:

**Änderungsantrag auf dezentrales Essen für alle: Durchgehend ein warmes veganes Pfannengericht in allen Cafeterien**

15 Ändere alle „Vegetarisch“ zu „Vegan“.

**Begründung:**

Um wirklich allen Studierenden ein dezentrales Essensangebot bereiten zu können, ist ein veganes Angebot nötig, dass dies möglich ist, zeigt auch die Rote Bete.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

20 **Begründung Verfahren:**

Wir wollen dem StuPa die Möglichkeit einer gestaffelten Abstimmung geben und haben uns aus diesem Grund für das Stellen eines Änderungsantrages entschieden.

Mit freundlichen Grüßen  
Feo Böcker, Robin Wegener, Sofie Rehberg, Maximilian Gravendyk und Sarah Ludyga  
für die GRAS

25



## Antrag

### zur Beschlussfassung an das 55. Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum gemäß § 9 Abs. 1 GO-SP

**Antragsteller:** Ron Agethen

**Liste:** NAWI (NRGi)

**Antragsdatum:** 14. September 2023

**Eingangsdatum:** 14. September 2023

**Laufende Nr.:** SP55-14

**Antragstitel:**

Umbesetzung von Ausschüssen

Hiermit beantrage ich, Ron Agethen, das Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum möge in seiner

**Sitzung vom 22. September 2023**

**folgenden Beschluss fassen:**

Die Besetzung des Haushaltsausschuss des 55. Studierendenparlaments wird wie folgt geändert:  
Alina Vöge wird als stellvertretendes Ausschussmitglied für die Fraktion NRGi besetzt.

**Begründung:**

Die Fraktion NRGi möchte die Besetzung wie angegeben ändern.

**Der Antrag enthält folgende Anlagen:**

Dem Antrag wurden keine Anlagen begefügt.